

Antrag Nr. 0051/2004/AN  
Antragsteller: SPD-Fraktion  
Antragsdatum: 29.09.2004

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Referat 01 - Geschäftsstelle Sitzungsdienste  
Kämmereiamt

**Resolution zur Sicherung der  
Ausgleichsleistungen im Schüler- und  
Ausbildungsverkehr; MAXX-Ticket,  
Semesterticket  
Entwurf der SPD-Gemeinderatsfraktion**

## Antrag

**Beschlusslauf!**

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	14.10.2004	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1.

## Sitzung des Gemeinderates vom 14.10.2004

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 14.10.2004

- 16 **Resolution zur Sicherung der Ausgleichsleistungen im Schüler- und  
Ausbildungsverkehr; MAXX-Ticket, Semesterticket – Entwurf der SPD-  
Gemeinderatsfraktion**  
Antrag 0051/2004/AN

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Nimis, Stadtrat Niebel, Stadtrat Dondorf, Stadträtin Spinnler, Stadtrat Pfisterer.

Stadtrat Nimis modifiziert den **Antrag** der SPD-Fraktion. Im ersten Satz soll der Satzteil  
... „unterstützt die Bemühungen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN), die  
Auswirkungen der Beschlüsse des Bundesgesetzgebers abzumildern und“ .... herausgenommen  
werden. Der neue Resolutionstext lautet dann:

*Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg fordert Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf,  
die beschlossenen Kürzungen der Ausgleichsleistungen im Schüler- und Ausbildungsverkehr  
zurückzunehmen oder abzumildern.*

*Landesregierung und Landtag von Baden-Württemberg werden aufgefordert, die den  
Ausgleichsleistungen zu Grunde liegenden Berechnungsfaktoren, wie z. B. Gültigkeitstage,  
Kostensätze oder Reiseweite nicht nachteilig zu verändern, um weitere finanzielle negative  
Auswirkungen auf den Verkehrsverbund, die Gebietskörperschaften und die ÖPNV-Benutzer zu  
verhindern.*

Stadtrat Niebel schlägt vor, im ursprünglichen Text, 1. Satz, nur die Wörter ... „des  
Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) „.... zu streichen. Danach hat der Resolutionstext  
folgenden Wortlaut:

*Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg unterstützt die Bemühungen, die Auswirkungen der  
Beschlüsse des Bundesgesetzgebers abzumildern und fordert Bundesregierung, Bundestag und  
Bundesrat auf, die beschlossenen Kürzungen der Ausgleichsleistungen im Schüler- und  
Ausbildungsverkehr zurückzunehmen oder abzumildern.*

*Landesregierung und Landtag von Baden-Württemberg werden aufgefordert, die den  
Ausgleichsleistungen zu Grunde liegenden Berechnungsfaktoren, wie z. B. Gültigkeitstage,  
Kostensätze oder Reiseweite nicht nachteilig zu verändern, um weitere finanzielle negative  
Auswirkungen auf den Verkehrsverbund, die Gebietskörperschaften und die ÖPNV-Benutzer zu  
verhindern.*

Nach ausführlicher Diskussion ruft Oberbürgermeisterin Weber den Textvorschlag von Stadtrat  
Niebel zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**Beschluss des Gemeinderates:**

*Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg unterstützt die Bemühungen, die Auswirkungen der Beschlüsse des Bundesgesetzgebers abzumildern und fordert Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, die beschlossenen Kürzungen der Ausgleichsleistungen im Schüler- und Ausbildungsverkehr zurückzunehmen oder abzumildern.*

*Landesregierung und Landtag von Baden-Württemberg werden aufgefordert, die den Ausgleichsleistungen zu Grunde liegenden Berechnungsfaktoren, wie z. B. Gültigkeitstage, Kostensätze oder Reiseweite nicht nachteilig zu verändern, um weitere finanzielle negative Auswirkungen auf den Verkehrsverbund, die Gebietskörperschaften und die ÖPNV-Benutzer zu verhindern.*

gez.  
Beate Weber

**Ergebnis:** einstimmig beschlossen mit Änderungen

Frau  
Oberbürgermeisterin  
Beate Weber  
Rathaus

Entwurf

69117 Heidelberg

29. September 2004

**Resolution zur Sicherung der Ausgleichsleistungen im Schüler- und Ausbildungsverkehr;  
MAXX-Ticket, Semesterticket**

**Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 14. Oktober 2004**

Der Gemeinderat möge beschließen:

**Resolution:**

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg unterstützt die Bemühungen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN), die Auswirkungen der Beschlüsse des Bundesgesetzgebers abzumildern und fordert Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, die beschlossenen Kürzungen der Ausgleichsleistungen im Schüler- und Ausbildungsverkehr zurückzunehmen oder abzumildern.

Landesregierung und Landtag von Baden-Württemberg werden aufgefordert, die den Ausgleichsleistungen zu Grunde liegenden Berechnungsfaktoren, wie z.B. Gültigkeitstage, Kostensätze oder Reiseweite nicht nachteilig zu verändern, um weitere finanzielle negative Auswirkungen auf den Verkehrsverbund, die Gebietskörperschaften und die ÖPNV-Benutzer zu verhindern.

**Begründung:**

Bundestag und Bundesrat haben am 19. Dezember 2003 das Reformpaket zur Wirtschafts-, Finanz und Sozialpolitik verabschiedet, das am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Einige Gesetzesbeschlüsse haben gravierende finanzielle Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmen und die Gebietskörperschaften.

Die beschlossenen Kürzungen der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr betreffend Semester-Ticket und MAXX-Ticket für das Jahr 2004 um 4 %, für das Jahr 2005 um 8 % und für das Jahr 2006 um 12 % führen dazu, dass die derzeitigen Grundbeiträge und Ticketpreise für MAXX-Ticket und Semesterticket zur Sicherung der Einnahmen unzumutbar erhöht werden müssen, wenn die für den Ausbildungsverkehr verfügbaren Kürzungen über die Tarife des Ausbildungsverkehrs ausgeglichen werden sollen. Dies ist umwelt- und verkehrspolitisch ein falsches Zeichen und wirkt sich besonders nachteilig aus für Familien mit Kindern.

Angesichts der Absicht der Länder, die Berechnungsgrundlagen für die Ausgleichsleistungen zu verändern, drohen weitere Kürzungen, die zu einer Verschärfung der finanziellen Situation bei den Verkehrsverbänden und auch bei den Kommunen als Schulträger führen würden.

Insgesamt löst die Kürzung der Ausgleichsleistungen eine finanzpolitische Abwärtsspirale aus. Zunächst kommt es zu Tarifierhöhungen, deren Rückwirkungen erneut zu einer Reduzierung der Ausgleichsleistungen führen. Derart negative Auswirkungen auf das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs können nicht hingenommen werden.

SPD-Gemeinderatsfraktion

